



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Wandsbek  
Bezirksversammlung

<b>Antrag</b>  CDU Bezirksfraktion Wandsbek	Drucksachen-Nr.: <b>21-4290</b> Datum: 11.11.2021 Status: öffentlich
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Wandsbek	18.11.2021

**Mehr öffentliche E-Ladesäulen in die Stadtteile und Ortskerne - Angebot deutlich ausbauen**  
**Debattenantrag der CDU-Fraktion**

**Sachverhalt:**

Immer mehr Neuwagen (privat wie gewerblich) mit voll elektrischen oder hybriden Antrieben werden aktuell zugelassen. Entsprechend wichtig ist eine ausreichende Infrastruktur an E-Ladesäulen, um die Fahrzeuge aufladen zu können. Auch Kunden von Car-Sharing Anbietern und gewerbliche Nutzer benötigen diese Infrastruktur und ein ausreichendes Angebot. Aktuell ist das Angebot an öffentlichen Ladesäulen leider nicht ausreichend und die Ladeplätze häufig belegt. Laut CDU-Anfrage Drs. 22/6204 gibt es in Wandsbek lediglich 59 Ladesäulen und 4 Schnelllader, wohingegen Mitte und Nord fast 120 Ladesäulen und 20 bzw. 13 Schnelllader anbieten können.

Die vorhandenen Ladesäulen in Wandsbek decken nicht den wachsenden Bedarf. Der Umstieg von reinen Verbrennungsmotoren kann nur gelingen, wenn auch die Infrastruktur für voll elektrische und hybride Fahrzeuge vorhanden ist. Der Bezirk Wandsbek trägt dabei die Verantwortung für ein ausreichendes Angebot in den Stadtteilen und insbesondere den Ortskernen des Bezirks. Für die Suche nach geeigneten Plätzen für neue E-Ladesäulen bietet sich ein intensiver Austausch mit den Regionalausschüssen an.

**Petition/Beschluss:**

Die Bezirksversammlung Wandsbek möge beschließen:

1. Die zuständigen Stellen werden gebeten, deutlich mehr geeignete Plätze in den Stadtteilen und Ortskernen des Bezirks Wandsbek für das Aufstellen von E-Ladesäulen zu finden.

2. Hierbei den Austausch mit der kommunalen Ebene durch die Regionalausschüsse zu suchen und geeignete Plätze durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger abzufragen.
3. Deutlich mehr E-Ladesäulen als bisher zeitnah in den einzelnen Stadtteilen und Ortskernen vorzuschlagen.
4. Die zuständigen Stellen werden gebeten, städtische Grundeigentümer, wie z.B. die SAGA oder Fördern & Wohnen, aufzufordern auf ihren Grundstücken Flächen für E-Ladesäulen zur Verfügung zu stellen.

**Anlage/n:**

keine Anlage/n